

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 5 (1925-1926)
Heft: 3

Artikel: Die schweizerische Neutralität in den Berechnungen der kriegführenden Parteien im Winter 1916/17
Autor: Oehler, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-155742>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die schweizerische Neutralität in den Berechnungen der kriegsführenden Parteien im Winter 1916/17.

Von Hans Dehler.

I.

Die Veröffentlichung eines Geheimprotokolls im Berliner „Vorwärts“ anlässlich der deutschen Reichspräsidentenwahl über eine Sitzung der deutschen Obersten Heeresleitung mit dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg vom 9. Januar 1917 hat einigen schweizerischen, vorwiegend welschschweizerischen Blättern Anlaß gegeben, eine unrichtige Darstellung gewisser militärischer Vorgänge an unsern Grenzen im Winter 1916/17 erneut aufzugreifen. So knüpfte beispielsweise der Delsberger „Démocrate“ vom 23. April an die Äußerung, die Hindenburg nach diesem Protokoll getan hat — „wir sind gerüstet, um allen Eventualitäten zu begegnen, gegen Amerika, Dänemark, Holland und auch gegen die Schweiz“ — folgende Betrachtung:

„Es scheint wirklich, daß der kaiserliche Generalstab in diesem Zeitpunkt nacheinander daran gedacht hat, die Schweiz, Dänemark oder Holland zu besetzen... In den ersten vierzehn Tagen des Januar, d. h. im Augenblick, wo der Feldmarschall die oben erwähnten Worte aussprach, machte der französische Generalstab unsern Generalstab auf große Truppenbewegungen im Badischen aufmerksam. Diese Intervention des Generalstabs wurde durch einen lebhaften Feldzug der französischen Presse unterstützt, der sich legte, als der Bundesrat plötzlich am 22. Januar die unmittelbare Mobilisierung von zwei feindlichen (?) Divisionen anordnete. Nach nie bestrittenen Erklärungen von König Alphonse waren es diese vom Bundesrat getroffenen militärischen Maßnahmen, die den kaiserlichen Generalstab veranlaßt haben, auf diese Operation zu verzichten. Es ist wahr, daß sie mit der Ankunft der Armee Foch in Besançon, die im Begriff war, die Bezeichnung „Helvetische Armee“ zu erhalten, zusammentrafen... Das sind die wesentlichen Tatsachen in ihrer zeitlichen Reihenfolge. Geben wir der Wahrheit, was der Wahrheit gehört.“

Nun ist es richtig, daß wir noch heute nicht mit völliger Sicherheit feststellen können, was für Absichten die Hauptquartiere der Kriegsführenden in jenem Winter 1916/17 gegenüber der Schweiz hegten. So viel ist indessen sicher, daß die nach dem betreffenden Geheimprotokoll von Hindenburg getanen Äußerungen nicht im Sinne einer Bestätigung deutscher Durchmarschabsichten durch die Schweiz anfangs 1917 gedeutet werden können. Man braucht diese nur im Zusammenhang zu lesen, um sich davon zu überzeugen. Laut „Vorwärts“ hat die betreffende Stelle jenes Geheimprotokolls folgenden Wortlaut:

Reichskanzler: „Man müßte sich klar sein, daß große militärische Schläge nach der militärischen Lage kaum möglich seien, um den Sieg zu erringen. Der U-Bootkrieg ist die „letzte Karte“. Ein sehr ernster Entschluß. Wenn aber die militärischen Stellen den U-Bootkrieg für notwendig halten, so bin ich nicht in der Lage, zu widersprechen.“

Feldmarschall: „Wir sind gerüstet, um allen Eventualitäten zu begegnen, gegen Amerika, Dänemark, Holland und auch gegen die Schweiz. Der Unterwasser-Kreuzerkrieg bringt nur eine geringe Steigerung der bisherigen Erfolge. Wir brauchen das energischste Handeln, das sich erreichen läßt. Deshalb den rücksichtslosen U-Bootkrieg vom 1. Februar 1917 ab. Der Krieg muß beschleunigt zum Ende gebracht werden, obwohl wir ihn noch länger durchhielten, aber der Bundesgenossen wegen.“

Darüber, wieso im Zusammenhang mit dem Entschluß zum uneingeschränkten U-Bootkrieg gerade die neutralen Kleinstaaten Dänemark, Holland und die Schweiz erwähnt werden, geben uns die „Erinnerungen“ Ludendorffs Aufschluß. Wir lesen dort auf Seite 190:

„Die Frage des uneingeschränkten U-Bootkrieges wurde auf Wunsch des Reichskanzlers bereits am 30. August (1916) besprochen (am Tag vorher war Hindenburg zum Chef des Generalstabs, Ludendorff zum ersten Generalquartiermeister ernannt worden)... Nur mit tiefstem Bedauern konnten wir uns nicht für die uneingeschränkte Führung des U-Bootkrieges aussprechen, da er nach Urteil des Reichskanzlers den Krieg mit Holland und Dänemark möglicherweise zur Folge haben würde; wir hatten zum Schutz gegen beide Staaten nicht einen Mann zur Verfügung... Die Besprechung gab aber Veranlassung, auch unsere Grenzverhältnisse gegen Dänemark und Holland zu überprüfen. Das in Hamburg befindliche Oberkommando Nord erhielt Befehl, Stellungen an der dänischen und holländischen Grenze auszubauen... (S. 247.) Nach unsern Siegen in Rumänien erwartete die Oberste Heeresleitung ein Eingreifen Hollands und Dänemarks in den Krieg zu unsern Ungunsten nicht mehr... Die Reichsregierung kam von ihren früheren Bedenken über die Haltung Hollands und Dänemarks zurück, auch bezüglich der Schweiz, Spaniens, Norwegens und Schwedens äußerte man sich ohne Sorge... Immerhin war nichts aufs Spiel zu setzen. Der U-Bootkrieg durfte als Sperrgebietkrieg erst dann geführt werden, wenn der rumänische Feldzug beendet war und Truppen von dort wieder in Deutschland und an der West- und Ostfront eintrafen. Wir konnten frühzeitig übersehen, daß dies vor Anfang Februar nicht der Fall sein würde.“

Aus dieser Darstellung Ludendorffs geht völlig eindeutig hervor, wie Hindenburgs Äußerung „wir sind gerüstet, um allen Eventualitäten zu begegnen, gegen Dänemark, Holland und auch gegen die Schweiz“ zu verstehen ist. Es sollen damit die letzten Bedenken Bethmann-Hollwegs gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg beschwichtigt werden. Nach Beendigung des rumänischen Feldzuges und nach dem Transport der dort frei werdenden Kräfte an die Westfront glaubte sich die Oberste Heeresleitung in der Lage, allen Eventualitäten, die sich aus der Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges auf den 1. Februar ergeben könnten, selbst einem Beitritt Dänemarks, Hollands oder der Schweiz zu den Kriegsgegnern, zu begegnen. Zugleich lassen einen diese verschiedenen Äußerungen auch einen Blick tun in die wirkliche Lage der Mittelmächte um die Jahreswende 1916/17. Diese kennzeichnet sich als allmähliche Wiedererholung und Festigung nach den äußerst

kritischen Monaten des Sommers und Herbstes 1916. Aber an eine eigene Offensive anfang 1917 war nicht im entferntesten zu denken. Der Reichskanzler spricht aus, daß in Anbetracht der jetzigen militärischen Lage durch militärische Schläge der Sieg kaum mehr zu erringen sei. Ludendorff äußert sich ähnlich in seinen „Erinnerungen“ (S. 187): „Unser großer Verteidigungskrieg, den wir bisher mit dem besten Mittel der Kriegsführung, dem Angriff, hatten führen können, war zu einem reinen Abwehrkrieg geworden“; und in einem Rückblick auf die Kämpfe im Sommer und Herbst 1916: „An allen Teilen der gewaltigen Front hatte das deutsche Heer sein Bestes und buchstäblich das Letzte hergegeben. Jetzt bedurften wir dringend der Ruhe. Das Heer war im höchsten Maße abgelämpft und überaus erschöpft“ (S. 239). Aussichtsreicher gestaltete sich die Lage für die deutsche Heeresleitung erst wieder mit dem Ausbruch der russischen Revolution im Frühjahr 1917, die ihr im Herbst desselben Jahres die Abgabe von sechs (!) Divisionen zu einem Schlag gegen Italien (Durchbruch von Tolmein) und im Frühjahr 1918 zum Großangriff im Westen gestattete. Um die Jahreswende 1916/17 war aber, wie der Reichskanzler sich ausdrückte, der uneingeschränkte U-Bootkrieg eine Art „letzte Karte“, die ausgespielt werden mußte, um dem bedrängten Landheer Luft zu schaffen. Noch bis in den Mai hinein war die Lage gespannt und Ludendorff gesteht zu, daß „uns im April und Mai 1917 trotz unseres Sieges in der Marnen-Champagne-Schlacht (Nivelle-Offensive) allein die russische Revolution vor Schwerem bewahrt hat“ (S. 339).

Man muß sich diese allgemeine Lage der Mittelmächte im Winter 1916/17 vor Augen halten, um ermeßen zu können, wie vollständig unwahrscheinlich es ist, daß sich die deutsche Heeresleitung in jenem Zeitpunkt mit Offensivabsichten gegen irgend einen der angrenzenden Neutralen getragen hat. Es ist ja denn bisher auch nie ein Tatbestand beigebracht worden, aus dem auf derartige Absichten geschlossen werden könnte. Das einzige, was einwandfrei festgestellt ist, sind Befestigungsarbeiten an der dänischen und holländischen (auch belgisch-holländischen) Grenze vom September 1916 an, die aber in der Darstellung Ludendorffs eine vollständig genügende Erklärung finden dürften. Auch an der elsass-lothringischen Front wurden nach Ludendorffs Angaben vom Herbst 1916 an Verstärkungsarbeiten vorgenommen. „Außer dem Bau der beiden großen strategischen Stellungen im Westen (Siegfried- und Wotan-Stellung) . . . wurde auch die elsass-lothringische Front verstärkt“ (S. 306). Auch scheint man im deutschen Hauptquartier um die Jahreswende 1916/17 zeitweilig mit einem französischen Stoß gegen die Lothringer- und Sundgau-Front gerechnet zu haben. „Nachrichten wiesen (Anfang 1917) auch auf die Lothringer-Front und den Sundgau“ (S. 319). Ende Januar zerstreute sich indessen diese Befürchtung, indem am 29. Januar der deutschen Heeresleitung ein französischer Befehl in die Hand fiel, der auf einen großen französischen Angriff an der Marnen im April hinwies. Über Ansammlungen größerer deutscher Truppenkörper, die auf besondere Operationsabsichten hätten schließen

lassen, im Sundgau oder in Baden und bei Konstanz, wie einzelne Zeitungen damals behaupteten, ist bisher nichts Authentisches bekannt geworden.

II.

Was hat man anderseits in den Hauptquartieren der Alliierten im Winter 1916/17 gegenüber der Schweiz erwogen? Darüber gibt ein vor zwei Jahren erschienenenes Büchlein eines französischen Capitaine Kunz „La Psychologie du Grand Quartier Général Italien sous le Général Cadorna“ (Chiron, Paris 1923; 103 S.) einigermaßen Aufschluß. Auf Seite der Entente hatte man im Spätsommer 1916 geglaubt, mit einem siegreichen Ausgang des Krieges noch bis Ende des Jahres rechnen zu können. Die deutsche Offensive auf Verdun war zum Stehen gebracht; Österreichs Ausfall aus dem Südtirol war in den ersten Anfängen stecken geblieben. Dagegen drangen die Russen siegreich in Galizien und gegen die Karpathen vor; Rumänien hatte sich soeben zu den Gegnern der Mittelmächte gesellt; die Somme-Offensive befand sich in verheißungsvollen Anfängen. Um so enttäuschter war man über die Widerstands- und selbst Angriffskraft, die die Mittelmächte unter ihrer neuen Heeresleitung Hindenburg-Luden-dorff weiter zu entwickeln vermochten. Die eigenen Angriffe auf der West- und Ostfront hatten bis Ende Oktober zu keinem entscheidenden Erfolg geführt. Dagegen war es den Mittelmächten gelungen, sich auf den neuen Gegner Rumänien zu stürzen und ihm in der Dobrudscha und in Siebenbürgen schwere Niederlagen zuzufügen; weiteres stand noch bevor. Man war sich im Lager der Alliierten über den schlechten Eindruck klar, den es machte, wenn man die eigenen Bundesgenossen nicht besser vor dem Zugriff der Mittelmächte zu schützen vermochte. Auf einer interalliierten Konferenz vom 15. und 16. November 1916 in Chantilly kam diese Angelegenheit zur Sprache, und um künftig ähnlichen Geschehnissen vorzubeugen, einigte man sich dort nach den Angaben von Kunz auf folgende Richtlinien:

„Wenn eine der Mächte angegriffen wird, kommen die anderen ihr sofort nach Maßgabe ihrer Mittel zu Hilfe, sei es mittelbar, sei es unmittelbar durch Sendung von Streitkräften nach Kampfplätzen, zu denen leichte Verbindungsmöglichkeiten bestehen. Um diese letzteren Möglichkeiten festzustellen, sollen zwischen dem französisch-englischen und dem italienischen Generalstab Untersuchungen über den Transport und die Verwendung kombinierter Streitkräfte angestellt werden.“

Unterdessen hatte der zweite Stoß der Mittelmächte gegen Rumänien eingesetzt, der ihre Heere in die Walachei führte und in der zweiten Dezemberwoche in den Besitz der rumänischen Hauptstadt brachte. In den Hauptquartieren der Alliierten herrschte tiefste Bestürzung. Trotzdem man nach den Angaben von Kunz genau wußte, daß Deutschland und seine Verbündeten nicht im Stande waren, in absehbarer Zeit eine große Unternehmung gegen die West- oder die Ostfront zu führen, schwebte man doch wochenlang in einer nervösen Angst vor einem erneuten überraschenden Angriff derselben gegen irgend einen

schwachen Punkt der alliierten Front. So war man in Sorge wegen des Balkankriegsschauplatzes, dachte sogar an einen Überfall auf das neutrale Holland; hauptsächlich aber fürchtete man für Italien.

Im Zusammenhang mit dieser Angst taucht nun plötzlich die Vorstellung eines deutschen Angriffs auf Italien durch die Schweiz auf. Mitte Dezember begibt sich eine französische Militärmission mit der Aufgabe nach Italien, „die Transportmöglichkeiten für französische Truppen nach Italien zu studieren und sich über die Maßnahmen zu unterrichten, die Italien zur Abwehr eines deutschen Angriffs über schweizerisches Gebiet getroffen hat“ (S. 27). Was die Transportmöglichkeiten anbetrifft, so stellt die Kommission deren drei fest, zwei Eisenbahnlinien und eine Schifffahrtslinie; diese drei könnten gegebenenfalls noch durch eine vierte ergänzt werden: „Allfällig könnten diese Wege je nach Umständen noch durch einen vierten ergänzt werden, durch die Simplonlinie auf Domodossola und Mailand“ (S. 28). Hinsichtlich der italienischen Verteidigungsmaßnahmen gegen einen Angriff aus der Richtung Schweiz ist die Kommission sehr enttäuscht. Einmal richte Cadorna seinen Blick nur nach Osten, und zweitens „glaubt General Cadorna nicht an eine überraschende Verletzung der Schweiz“ (S. 29). Den Vorschlägen der französischen Kommission zeigt er sich vorerst unzugänglich. „Das praktische Mittel scheint die Errichtung eines Übungslagers in nächster Nähe der schwachen Front oder Flanke. Auf dem rechten Flügel der französischen Front versieht das Lager von Besoul diese Aufgabe. Vorschläge in diesem Sinn werden dem italienischen Oberkommando unterbreitet, das das Vorhandensein günstiger Übungsgebiete besonders in Varese zugibt, aber aus Erfahrung weiß, daß die Schweiz sich über eine Ansammlung von Kräften an ihrer Grenze beunruhigen würde“ (S. 33). Die französische Kommission vertritt demgegenüber den Standpunkt, daß „die Schweiz sich Vorsichtsmaßnahmen nur moralisch anschließen kann, die dazu bestimmt sind, mittelbar, durch Unterdrückung von Versuchungen, das schweizerische Gebiet zu schützen“ (S. 33). Cadorna gibt aber nicht nach und erst auf erneute Schritte der französischen Kommission und des französischen Militärattachés in Rom hin „entschließt sich das Oberkommando im Laufe der zweiten Dezemberhälfte, die schweizerische Grenze mit einer wirksamen, aus italienischen Bestandteilen zusammengefügten Bedeckung zu versehen... Der italienische Minister des Auswärtigen erhält Auftrag, dem schweizerischen Bundesrat die Gründe persönlicher Klugheit, die diese Maßnahmen bestimmen, auseinanderzusetzen“ (S. 34). Von weiteren Maßnahmen auf italienischer Seite erfahren wir aus den Aufzeichnungen von Kunz nichts mehr, trotzdem die Verhandlungen zwischen dem französischen und italienischen Hauptquartier sich, bald schriftlich, bald mündlich, noch bis zum April des folgenden Jahres hinziehen, ohne jemals zu dem von der französischen Heeresleitung gewünschten Ziel eines gemeinsamen operativen Vorgehens zu führen.

Von weitgehenderen Maßnahmen weiß dagegen Kuntz auf französischer Seite zu berichten. Nachdem er dargestellt, was für Befürchtungen man nach dem rumänischen Zusammenbruch in Ententekreisen gehegt hat, fährt er fort:

(S. 25.) „Das französische Hauptquartier beschäftigt sich nicht nur mit der Möglichkeit solcher Eventualitäten (eines deutschen Angriffs auf diesen oder jenen Bundesgenossen), sondern auch mit der besten Abwehr, mit der man ihnen begegnen kann. Besonders was die italienische Frage anbetrifft, sieht es die Unmöglichkeit ein, in nützlicher Weise durch Beschleunigung der an der Somme oder in der Champagne in Vorbereitung befindlichen Offensiven zu handeln. Die einzig wirksame Lösung erscheint in einer durch die Schweiz über Basel und Schaffhausen gegen Deutschland geführten Gegenoffensive. Diese Bewegung müßte augenblicklich ausgelöst werden, sobald sich die ersten Bewegungen des Feindes zeigen. Ein Projekt in diesem Sinne wird am 7. Dezember dem Oberkommando vorgelegt. Daraus geht hervor, daß der französische Generalstab in diesem Zeitpunkt über genügende materielle Mittel verfügt. Aber diese sind noch auf verschiedenen Transportlinien zerstreut. Nun ist die Schnelligkeit des Eingreifens hier der Hauptbestandteil des Erfolges. Es handelt sich also darum, die Vorbereitung der Operationen bis zum Äußersten zu treiben. Im geeigneten Augenblick muß ein einfacher Hebeldruck den Schlag auslösen. Es besteht im Hauptquartier ein Plan H (Helvetique), in dem die großen Linien eines durch die Bewegungen des Feindes bestimmten allfälligen Eingriffs auf schweizerisches Gebiet geprüft sind. Aber diese Arbeit muß wieder aufgenommen und dem besonderen Fall angepaßt werden. Es ist notwendig, eine Art Generalstab einer entsprechenden Armeegruppe zu bilden. Dieser wäre beauftragt, die verschiedenen Varianten des endgültigen Planes festzustellen. Es wäre wünschenswert, daß diese Arbeit in voller Übereinstimmung mit England stattfände, das offensichtlich unmittelbar oder mittelbar an der Intervention teilnehmen müßte.“

Diese allgemeinen Gesichtspunkte des französischen Hauptquartiers werden gegen Ende des Jahres 1916 dann in Wirklichkeit umgesetzt:

„General Foch, gerade disponibel, wird Ende Dezember vom Oberkommando beauftragt, die Bedingungen des Problems zu studieren. Es wird ihm zu dem Zweck ein Generalstab einer Armeegruppe beigegeben und er soll allfällig die Leitung der so vorbereiteten Operationen übernehmen... Deutschland, an der Westfront durch den Stellungskrieg festgelegt, wird nicht verfehlen, nachdem es den Schritt einmal getan hat, durch die jeder Verteidigungsorganisation entbehrende Schweiz hindurch zum Bewegungskrieg zu gelangen, gleichzeitig zwischen Belfort und Genf mit Richtung auf den französischen Jura und gegen Süden auf Italien... Hinsichtlich Italiens wäre es die Absicht des österreichisch-deutschen Oberkommandos, auf den Linien des Simplon und Gotthard Kräfte in die Gegend der italienischen Seen zu transportieren und von dort mit einer schnellen Offensive auf Mailand zu stoßen... Der erste Gedanke wäre, französische Truppen quer durch die Schweiz auf die Verbindungslinien zu werfen und so die Flut des Angreifers zum Stocken zu bringen. Aber eine genaue Prüfung ergibt, daß 100 Km. die französische Grenze von Bern (Simplonlinie) und 160 Km. von Luzern (Gotthardlinie) trennen. Die französische Armee, in einem stark hügeligen Gelände operierend, läuft also Gefahr, nicht rechtzeitig anzukommen, um ihren Zweck zu erfüllen. Es ist wahr, daß die sofort mobilisierte schweizerische Armee als eine Avantgarde der alliierten Streitkräfte betrachtet werden

könnte; aber ist man des nötigen Schnelligkeitsgrades dieser Mobilisation sicher?" (S. 36.)

Ob und wann zu dem Armeegruppen-Generalstab Fochs auch noch die entsprechende Armeegruppe selbst aufgestellt worden ist, erfahren wir bei Fung nicht. Von unmittelbarem Interesse in seinen Aufzeichnungen ist für uns nur noch eine Note des französischen Hauptquartiers an Cadorna vom 7. Februar 1917, in der die allgemeinen Richtlinien für das gegenseitige Vorgehen im Fall eines österreichisch-deutschen Angriffs durch die Schweiz entweder auf Italien oder auf Frankreich festgelegt werden. Im Fall eines deutschen Angriffs durch die Schweiz auf Frankreich hätten die italienischen Truppen im gemeinsamen Gegenstoß durch das Inn- und obere Rheintal vorzugehen:

„Man erwartet den gleichen Dienst des italienischen Oberkommandos im Falle eines Angriffs auf den Jura. Die französischen Armeen würden in der Richtung Schaffhausen operieren; die italienischen Armeen könnten aus den Tälern des Rheins und des Jnn debouchieren und so den rechten französischen Flügel decken und wie ein Keil die deutschen Operationen in der Schweiz von den österreichischen im Trentino trennen... Ohne mit Sicherheit auf die Haltung der schweizerischen Armee zu rechnen, hofft man trotzdem, daß diese Streitkräfte in der Zentralschweiz die französischen und italienischen Operationen verbinden werden.“ (S. 44.)

III.

Man erinnert sich der Kampagne, die im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen der französischen Obersten Heeresleitung in der französischen Presse in der zweiten Hälfte Dezember 1916 und im Januar 1917 geführt wurde. Den Auftakt machte ein Artikel im offiziellen „Temps“ vom 18. Dezember, der von einer möglichen Gefährdung der schweizerischen Neutralität durch Deutschland redete und zugleich starke Zweifel an der Unparteilichkeit unseres Generalstabs und seiner Verteidigungsmaßnahmen zum Ausdruck brachte:

„Es ist das entschieden eine Angelegenheit, worin die Schweiz allein Herrin ihrer Entscheidungen ist, und die Diskussion darüber muß unter Schweizern entschieden werden. Damit sie aber entschieden wird, muß sie vorher eröffnet werden. Die Persönlichkeit gewisser Kommandanten von Befestigungswerken hat sich gezeigt durch öffentliche Rundgebungen, die in der welschen Schweiz einige Beunruhigungen hervorriefen. Die relative Bedeutung der an den verschiedenen Grenzen getroffenen Verteidigungsmaßnahmen war ebenfalls Gegenstand verschiedenartiger Beurteilung. Um es mit einem Wort zu sagen, die Tendenzen des Generalstabes sind in dieser Sache in Frage gestellt worden, wenn nicht in der schweizerischen Presse, so doch wenigstens in der Unterhaltung informierter Kreise.“

Diese Sprache des französischen Blattes, wie auch die ganze Kampagne der sich ihm in ähnlichem Ton anschließenden Pariser Blätter, fand in der schweizerischen Presse schärfste Zurückweisung, auch in der welschschweizerischen. So schrieben beispielsweise die „Basler Nachrichten“ vom 20. Dezember: „Der Hauptzweck dieses „Temps“-Artikels ist, wie man sieht, die Schweiz zu einer öffentlichen Diskussion über ihre

Heeresleitung einzuladen.“ Oder die „Gazette de Lausanne“ vom 28. Dezember: „Woher kommen diese Gerüchte, die nach unserer Erkenntnis auf keiner ernsthaften Basis beruhen? Vielleicht sind gewisse in Paris wohnhafte Landsleute dabei nicht ganz unbeteiligt. Aber die Organe, offiziöse und andere, denen sie ihre sensationellen Zugeständnisse zu tragen, würden gut tun, sie nicht mehr ernst zu nehmen. Tatsächlich rechtfertigt nichts die alarmierenden Gerüchte, die trotz aller Dementis in der Öffentlichkeit zirkulieren.“ Oder das „Journal de Genève“ vom 10. Januar: „Wir glauben der französischen Presse einen Dienst zu erweisen, wenn wir sie davon verständigen, daß der mit Bezug auf die Verletzung unseres Landes durch Deutschland geführte Feldzug ein für uns sehr unangenehmes Gesicht anzunehmen beginnt.“ In etwas gedämpfterer Weise stieß auch die italienische Presse ins Horn der Pariser Blätter. Den Höhepunkt erreichten die Alarmrufe hin- und herüber in der ersten und zweiten Januarwoche. Nach dem Delsberger „Démocrate“, der der Pariser Presse das gewünschte Material lieferte, hätte der Bundesrat die schweizerischen Gesandten von Paris und Wien zu besonderer Audienz nach Bern gerufen, hätte sich Fürst Bülow in Luzern mit bestimmter politischer Mission aufgehalten u. s. w. Am 7. Januar ließ die französische Regierung dem Bundesrat durch ihren Berner Gesandten erklären, daß sie die schweizerische Neutralität nach wie vor respektiere. Eine ähnliche Befundung erfolgte von deutscher Seite. Bundesräte und schweizerische Gesandte im Ausland gaben beruhigende Versicherungen ab, daß die Schweiz zur Wahrung ihrer Neutralität nach allen Seiten aufs festeste entschlossen sei. Am 16. Januar erließ der Bundesrat schließlich auf Antrag des Generalstabs hin das Aufgebot für zweieinhalb Divisionen auf den 24. Januar. Darauf flaute die Erregung der Zeitungen und öffentlichen Meinung ziemlich schnell ab. Ende Januar wurde noch einmal die Ankunft von acht neuen deutschen Divisionen im Oberelsaß gemeldet und eine deutsche Offensive von dort aus auf die erste Februarwoche angekündigt. Dann trat mehr und mehr Stille ein.

In deutschen Blättern hat man in diesem Feldzug der französischen Presse seinerzeit vorwiegend ein Manöver Frankreichs erblickt, um eigene Offensivabsichten gegen die Schweiz zu verschleiern, eine Auffassung, die verständlich ist, wenn man bedenkt, daß man sich auf deutscher Seite eben bewußt war, wie wenig die eigenen Kräfte damals zu einem groß angelegten offensiven Vorgehen ausreichten. Zweifellos hätte auch ein Durchbruch durch die Schweiz den Alliierten in jenem Zeitpunkt, als das deutsche Heer aufs tiefste erschöpft und die im Laufe des Januar in Rumänien frei werdenden Truppen noch nicht an der Westfront angelangt waren, die denkbar besten Aussichten geboten; die schweizerische Armee, ohne nennenswerte deutsche Unterstützung, hätte einem konzentrischen Angriff der französischen und italienischen Truppen auf die Dauer nicht zu widerstehen vermocht; der Durchbruch hätte diese wie einen Keil zwischen die deutsche West- und die österreichische Tirolerfront getrieben und zu deren Aufrollung geführt. Indessen liegen

keine Anhaltspunkte vor, daß auf Seiten der Alliierten jemals ein solches Projekt erwogen worden ist, oder daß dem „plan Helvétique“ des französischen Hauptquartiers und seinen Ausgestaltungen, wie der Errichtung eines Truppenübungslagers in Besoul und der Aufstellung eines Armeegruppen-Generalstabs unter Foch's Oberkommando, andere als defensive Absichten zu Grunde gelegen haben. Und auch selbst wenn sich das beim französischen Hauptquartier anders verhalten hätte, so wissen wir aus der Veröffentlichung von Rung, daß das italienische Oberkommando, einmal aus Angst, sich dadurch Deutschland unmittelbar auf den Hals zu ziehen, und anderseits aus der nüchternen Abschätzung der eigenen Kräfte und aus der Notwendigkeit der Beschränkung auf das für diesmal gesteckte Ziel — die Erwerbung der zwei ersten T (Trieste e Trentino) — dazu nie zu haben gewesen wäre. Und so wenig wie das italienische hätte wohl auch das englische Oberkommando, das sich von seiner Operationsbasis an der nordfranzösischen Küste nicht mehr als unbedingt notwendig entfernen wollte, einem solchen Unternehmen seine Zustimmung gegeben. Daher können wir annehmen, daß der zweifellos in engstem Zusammenhang mit den militärischen Maßnahmen des französischen Hauptquartiers erfolgende französische Pressefeldzug den einzigen Zweck verfolgte, die Schweiz zur äußersten Wachsamkeit gegen eine Verletzung ihrer Neutralität durch Deutschland aufzustacheln. So unwahrscheinlich ein deutscher Durchbruchversuch durch die Schweiz in Anbetracht des Reservenmangels bei den Mittelmächten damals war und so unsinnig ein solcher Durchbruch auch bei vorhandenen Kräften taktisch und strategisch gewesen wäre, scheint man in Frankreich, befangen in einer Art durch die rumänische Niederlage verursachten Angstpsychose, ihn doch zeitweilig ernsthaft befürchtet zu haben.

IV.

Für unser Land ergibt sich aus den Vorgängen im Winter 1916/17 eine eindringliche Lehre. Wir ersehen daraus, daß es nicht nur darauf ankommt, wie die Verhältnisse wirklich sind, sondern wie sie auf der einen oder andern Seite eingeschätzt werden. Wir dürfen, nach unserer heutigen Kenntnis, annehmen, daß keine der Kriegsparteien sich damals mit der Absicht trug, unsere Neutralität zu verletzen. Indessen vermutete jede Partei diese Absicht bei der Gegenpartei. Daraus entstand ein Zustand der Spannung, der zur Erregung der öffentlichen Meinung und zu militärischen „Vorsichtsmaßnahmen“ führte. Wäre nun unsere Neutralität nicht eine absolut unparteiische gewesen oder hätte ihre Handhabung wirklich der einen oder anderen Kriegspartei zu Zweifeln an ihrer Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit oder an der Wirksamkeit ihrer Verteidigung Anlaß gegeben, so hätten aus den Defensivmaßnahmen, weil man sich durch die schweizerische Neutralität nicht genügend und zuverlässig gedeckt fühlte, oder weil man dem Gegner nicht den Vorteil des ersten Zuschlagens lassen wollte, leicht Offensivmaßnahmen werden können. Erwägungen dieser Art waren es auch, die

unsern damaligen Generalstab veranlaßten, dem Bundesrat ein größeres Truppenaufgebot zu beantragen. Der Bericht des Generalstabschefs Oberst v. Sprecher von 1919 über den Aktivdienst, gibt darüber folgende Auskunft:

(S. 195/96.) „Ende Dezember 1916 und anfangs Januar 1917 gingen Meldungen ein über Truppenansammlungen einerseits im Elsaß, anderseits in der Gegend von Montbéliard-Besançon. Wir wissen heute noch nicht, was an diesen Nachrichten zutreffend war und was nicht. In der französischen Presse machte sich ferner ein offensichtlich organisiertes, jedenfalls durch die Zensur nicht behindertes Treiben bemerkbar, das eine unmittelbar bevorstehende Unternehmung der Mittelmächte durch die Schweiz zum Gegenstand hatte. Die Gegenpartei erwiderte darauf sofort mit der Antwort, die ganze Art dieses Pressefeldzuges deute auf eigene schlimme Absichten der Entente hin. Nach und nach kam das Armee-Kommando zu der Auffassung, daß jede der kriegführenden Parteien mit einer Verletzung der schweizerischen Neutralität durch die andere zu rechnen begann. Diese Befürchtung auf beiden Seiten bedeutete für uns selbst an sich schon eine gewisse Gefahr, weil die beiderseits getroffenen Abwehrvorbereitungen, über die bei uns keine genaueren Nachrichten vorlagen, bei der bestehenden Spannung jeden Augenblick in Offensivhandlungen übergehen konnten. . . In Würdigung dieser Sachlage kam das Armee-Kommando zu dem Entschlusse, beförderlichst ein Aufgebot stärkerer Heeres-teile zu veranlassen.“

Unser Generalstab war aber nicht nur bemüht, durch derartige Maßnahmen die Entschlossenheit und Fähigkeit der Schweiz zur Verteidigung ihrer Neutralität nach allen Seiten darzutun, sondern auch unsere Neutralität vor jedem Anspruch einer Partei auf besondere Protektion oder vor nur bedingter Anerkennung zu bewahren. Es scheint, daß sich der französische Generalstab im Winter 1916/17 als eine Art Beschützer der schweizerischen Neutralität und als für ihre richtige Handhabung verantwortlich aufspielen wollte. Der Ton der Artikel der französischen Presse war ja durchaus in diesem Sinne gehalten. Auch stimmt die von der französischen Militärmission gegenüber den Bedenken des italienischen Oberkommandos geltend gemachte Auffassung — auf die wir oben hingewiesen haben —, daß die Schweiz die von den Kriegführenden zum Schutz ihrer Neutralität an ihren Grenzen vorgenommenen „Sicherungsmaßnahmen“ nur begrüßen könne, mit einer derartigen Protektionsabsicht überein. Auf jeden Fall dürften die Verhandlungen, die unsere Heeresleitung bald nach dem Truppenaufgebot mit dem französischen Generalstab anknüpfte, keinen andern Zweck verfolgt haben, als Frankreich den Vorwand für eine nur bedingungsweise Anerkennung unserer Neutralität und für jeden Protektionsanspruch zu nehmen. Was das Ergebnis dieser Verhandlungen war, ist bisher nicht bekannt gegeben worden. Sicher war es aber nicht dieses, daß unsere Neutralität dadurch irgendwie zugunsten einer Partei eingeschränkt, sondern im Gegenteil, daß sie vor dem Anspruch einer Partei auf eine einseitige Beschützerrolle bewahrt worden ist. Bundesrat Scheurer hat im Nationalrat vom April 1921 auf eine aus dem Rate erfolgende Anfrage hin Sinn und Tragweite jener Verhandlungen wie folgt gekennzeichnet:

„Bei jenem Anlaß (des Truppenaufgebotes) ist dann weitergehend die Frage erörtert worden, wie es sich gegebenenfalls mit einer Zusammenarbeit mit demjenigen Lande handelt, das, wie wir, dem Angreifer feindlich gegenübersteht. . . Auf schweizerische Initiative hin ist diese Frage mit den beiden Nachbarländern, Deutschland und Frankreich, erörtert worden. . . Es sind in der ersten Hälfte des Jahres 1917 entsprechende Arbeiten gemacht worden, und zwar mit den beiden Ländern, und wenn gefragt wird, mit welchem Lande zuerst verhandelt worden ist, so ist es diesmal nicht Deutschland, sondern Frankreich gewesen, und wenn Sie wiederum fragen, wo die Arbeit des betreffenden Landes weitergegangen ist, dann ist es wieder Frankreich, währenddem die Verhandlungen mit Deutschland auf anderer Grundlage geführt worden sind. Aber aus diesen Verhandlungen haben beide Mächte neuerdings gesehen, daß es uns ernst war mit der Verteidigung unseres Landes und wenn wir nachher in Ruhe gelassen worden sind, so ist das zum großen Teil der Erfolg dieser Verhandlungen gewesen. Irgend eine Bindung des Landes ist aber auch damals nicht erfolgt. Wir haben Vorarbeiten gemacht und dabei die Bedingung gestellt, die bei allen Erörterungen für uns selbstverständlich ist: Erst müssen wir angegriffen werden und dann entscheiden die politischen Behörden, der Bundesrat und die Bundesversammlung, in welcher Weise wir auf diese Angriffe reagieren werden und ob wir mit dem Gegner des Angreifenden eventuell in ein engeres Verhältnis treten wollen.“

Einige Zeit später, gegen Ende des Jahres 1917, sah sich der Bundesrat veranlaßt, in einer Note gegen die von alliierter Seite bezüglich unserer Neutralität zum Ausdruck gebrachte Auffassung Bewahrung einzulegen. Die bundesrätliche Botschaft vom 14. Oktober 1919 betreffs Verzicht der Schweiz auf die Neutralisation Nordjavanens gibt darüber einigen Aufschluß:

(S. 3/4.) „Am 4. Dezember 1917 bestätigten die Regierungen Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten ihre früheren Erklärungen (betreffs die schweizerische Neutralität), jedoch unter dem Vorbehalt, daß sie die Neutralität und Unverletzlichkeit der Schweiz nur so lange achten würden, als die Schweiz ihre Neutralität aufrechterhalten würde und als ihre Feinde nicht auf Schweizergebiet eingedrungen sein würden. Darauf antwortete der Bundesrat, ihm allein stehe kraft der Souveränität und gemäß den Erklärungen des Wiener Kongresses und denjenigen von Paris zu, die zur Verteidigung der Schweiz erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Er sei daher entschlossen, die Neutralität mit eigenen Kräften aufrechtzuerhalten, und jeder Grenzverletzung vorkommendenfalls wirksam entgegenzutreten. Die Antwort des Bundesrates an die drei oben genannten Mächte schloß mit den Worten: „Die Eidgenossenschaft nimmt für sich allein das Recht in Anspruch, darüber zu entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen es ihr angezeigt erscheinen würde, die Hülfe fremder Mächte anzurufen.““

Bekanntlich hätte nach der offiziellen Version die Schweiz im Frühjahr 1919 ihre Neutralität (im Austausch gegen ihren Verzicht auf die 1815 um Genf gelegten Schutzwehren) bestätigen lassen und hernach dem Völkerbund beitreten müssen, um die Neutralität vor den Protektionsansprüchen Frankreichs zu retten. Die Logik hat diese Version aber nicht für sich, denn sie verschweigt, daß durch den Beitritt zum Völkerbund unsere Neutralität nun gerade in dieses Protektionsverhältnis zu Frankreich geraten ist. Die Schweiz ist laut Londoner Deklaration dem Völkerbund gegenüber verpflichtet, ihr Gebiet gegen

dessen Gegner zu verteidigen. Da militärisch der Völkerbund aber für das europäische Festland so gut wie gleichbedeutend ist mit dem französischen Generalstab, ist die Schweiz nun gegenüber dem französischen Generalstab in jenes Verhältnis geraten, das dieser im Jahre 1917 schon anstrebte, das aber von der Schweiz damals noch mit aller Bestimmtheit abgelehnt wurde. Es ist nicht zufällig, daß diejenigen, die im Winter 1916/17 und zu andern Zeitpunkten des Weltkrieges die kritische Lage unserer Neutralität aus der unmittelbaren Anschauung kannten und wußten, wie sehr in solchen Augenblicken alles darauf ankommt, den kriegführenden Parteien keinen Anlaß zu Zweifeln an der Unparteilichkeit und Zuverlässigkeit unserer Neutralität und keinen Vorwand zu deren Verletzung zu geben, sich einmütig gegen den überstürzten und unüberlegten Schritt aussprachen, der uns bei künftigen Kriegsfällen dieser Eigenschaften unserer Neutralität beraubt hat. Dieser Tage hat sich zum fünften Mal der Tag geöhrt, an dem eine schon zu weit vorgeschrittene Entwicklung mit knappem Mehr die Genehmigung des Volkes erhielt. Da von all den schönen Versprechungen, mit denen man dem Volk die Zustimmung erleichtern wollte, nicht eine Wirklichkeit geworden ist, möchte man auch gern Vergessenheit darüber breiten, wie viel Schaden unserm Land aus jenem Entscheid entstanden ist. Völkerschicksale werden aber oft in wenigen Tagen, ja Stunden entschieden. Dann gibt den Ausschlag, was in Jahren und Jahrzehnten vorbereitet und getan oder nicht vorbereitet und nicht getan worden ist. Ein Rückblick auf die Vorgänge des Winters 1916/17 ist geeignet, uns den Weg zu weisen, den wir künftigt wieder gehen müssen, wenn der 16. Mai 1920 für unser Land nicht einmal ein Tag größten Unheils gewesen sein soll.

Das Problem „Österreich“.

Von Paul Heigl, Wien.

Das ist die Eigentümlichkeit Österreichs: während alle Staaten der Nachkriegszeit bei ihrer Aufbauarbeit nur mehr minder schwere Probleme zu lösen hatten und haben, ist der Staat Österreich selbst auch heute noch ein Problem. Wenn er auch äußerlich mit allen Attributen eines sozusagen „souveränen“ Staates ausgestattet ist — das wichtigste Element seiner Staatlichkeit, die dauernde Lebensfähigkeit in der gegebenen Form und in der gegebenen Einbettung in die neuerstandene Staatenwelt Mitteleuropas ist ihm versagt geblieben. Das Fehlen jedweder Garantie dafür, daß er das ihm — allerdings nur auf geduldigem Papier verbrieft — politische und wirtschaftliche Eigenleben je führen können, macht diesen Staat eben zu einem durchaus problematischen Gebilde, zwang seine Konstrukteure und Anrainer bereits mehrmals, sich mit der österreichischen Frage zu befassen und nötigt sie auch jetzt wieder, zu dem sich selbst aufrollenden Problem